

Bezugspreis

für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Anzahlung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.60 Mark, durch die Post 1.40 Mark
ausgeschlossen Anzeigengebühren. Be-
stellungen werden von allen Zeitungs-
postämtern angenommen. Im außer-
ordentlichen Zeitungs-Verzeichnis unter
Sonderbeilage eingetragen. Sie un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Besondere aberkommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung der
„Sonderbeilage“ gestattet.
Sonderbeilage Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Sonder-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die 7spaltige Anzeigenspalte
oder deren Raum mit 20 Pfg. bezahlt
und in unsere Anzeigenspalte
und allen Anzeigen-Verhältnissen
normales, außerdem die Seite 1 mit
Einschluß der Anzeigen-Annahme
sonntags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr, Abstellungen
von Anzeigenspalten, jedoch
solche zeitlich sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal.
Sonntags einmal.
Schiffahrt und Dampf-Verkehr
Halle, S. Dresdenstraße 17.
Haben-Verhältnisse Markt Nr. 24.

Nr. 459a.

Halle, Montag, den 1. Oktober

1917.

Steuer erfolgreicher Luftangriff auf England.

Keine deutschen Verluste.

Die Erhöhung der Soldatenlöhne und Familien-Unterstützung.

Aus dem Reichstags-Hauptauschuß.

Wie schon im Sonntagsblatte kurz mitgeteilt, hat der Hauptauschuß des Reichstages die Erhöhung der Soldatenlöhne und Familienunterstützungen beschlossen. Aus den interessantesten Verhandlungen teilen wir noch folgendes Nähere mit:

Abg. Städelin (Soz.) begründet die Anträge auf Erhöhung der Soldatenlöhne während des Krieges. Die Kantinenpreise sind enorm gestiegen. Von Spanien aus her kommen die Preise sehr hoch. Wir sind überzeugt, daß trotz aller Beschlüsse des Reichstages bisher nichts geschehen ist. Die freibeiwilligen Ungerechtigkeiten der Kriegsbefehlsführer sind nicht mehr zu ertragen. Mit Wirkung vom 1. November an muß gemäß dem vorliegenden sozialdemokratischen Antrag, die Löhne für Unteroffiziere, die seit 18 Monaten Unteroffiziersdienst leisten, um 20 Proz. der Gehälter und Gemeinen um einer Kriegsdienstzeit von einem Jahr um 20 Proz., von zwei Jahren um 40 Proz., von drei Jahren um 50 Proz. erhöht werden und besondere Zulagen, die für bestimmte Funktionen bezahlt werden, dürfen auf diese Erhöhung nicht angerechnet werden.

Oberr. von Wierberg erklärt, daß auch nach dem Wunsch der Heeresverwaltung die Kantinen keine Lebensmittelposten sein sollen.

General von Duen: Das Kriegsministerium ist der Erhöhung der Mannschaftslohne nicht entgegen. Ein Zwang auf die Beteiligung an der Kriegsanleihe darf unter keinen Umständen ausgeübt werden. Aus Kantinenüberschüssen darf Kriegsanleihe nicht gedeckelt werden.

Reichsminister Graf v. Helldorf weist auf die bisher eingetragene Erhöhung der Löhne und Familienunterstützung hin. Er betragen im ganzen nahezu 200 Millionen monatlich. Die von den Sozialdemokraten beantragte nachträgliche Gewährung des zehnjährigen Bundeslohn ist erwägenswert und wird sofort geprüft werden.

Abg. Götze (Rp.): Wir verkennen die finanziellen Bedenken nicht, aber das Bedürfnis liegt unabweisbar vor. Die Erhöhung ist richtig, sie muß geprüft werden. Die Mannschaften müssen die Kantinen durch gewählte Vertreter wählen.

Abg. Ullrich (nl.) stimmt dem zu.

Abg. Kretsch (konl.): Ueberhörsche aus den Kantinen lassen sich nicht immer vermeiden, wenn man festige Preise und keine Unterbefehls haben will.

Nach längerer weiterer Debatte wird die bereits mitgeteilte sozialdemokratische Resolution über die Erhöhung der Mannschaftslohne einstimmig angenommen, ebenso die über das nachträgliche Bundeslohn und auch eine Resolution dahin, daß den in den Inanspruchnahmestellen beschäftigten Mannschaften Zulagen in gleicher Höhe bezahlt werden wie den in den Belagerungs-Artillerieeinheiten beschäftigten Mannschaften bereits gewährt werden. Angelehnt wird die Resolution, daß über die Verwaltung der Kantinen den Mannschaften alle Vierteljahr Rechnung bekanntzugeben ist, die Ueberhörsche an die beteiligten Mannschaften in dar zu verteilen sind und zu anderen Zwecken nicht verwendet werden dürfen. Angenommen wird eine Zentrumsresolution, die Verkaufspreise in den Kantinen bestimmt zu stellen, daß Ueberhörsche nicht mehr werden dürfen und über die Verwaltung der Kantinen einer aus Offizieren und Mannschaften bestehenden Kommission in bestimmten Zeitintervallen Rechnung zu stellen.

Die Beratung wendet sich einer sozialdemokratischen Resolution zu, wonach das Gesetz betreffend die Familienunterstützung dahin geändert werden soll, daß die Unterstützungslöhne in § 5a von 20 auf 30 Mill., in § 5b von 10 auf 20 Mill. erhöht werden und ein neuer Paragraph eingefügt werden soll, der die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, aus ihren Mitteln den örtlichen Verhältnissen angemessene Zuschläge zu den Unterstützungslöhnen zu zahlen, und zwar mindestens 50 Prozent der Mindesthöhe.

Abg. Schmidt (Soz.) begründet den Antrag mit den hohen Preisen. Es soll gleichzeitig auf das Kriegsernährungsamt ein Druck ausgeübt werden, damit es einer weiteren Steigerung der Preise entgegenwirkt.

Unterstaatssekretär Dr. Wallraf gab einen Ueberblick über die allmähliche Erhöhung der Familienunterstützungen im Laufe des Krieges. Bisher seien an Reichskriegsunterstützungen monatlich bis 190 Millionen Mark gewährt worden. Darüber, daß die Unterstützungslöhne als Ganzes eine Erhöhung erfahren müßten, seien sich die Regierungen einig, fraglich sei nur der einschlägige Weg. Die Erhöhung könnte erfolgen durch eine gleichmäßige Dinauf-

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 30. Sept.

Westlicher Kriegsausflug.

Bei ungünstiger Sicht blieb bei allen Armeen die Gesichtstätigkeit geringer als an den Vortagen.

In Flandern war der Artilleriebeschuss an der Küste und abends an der Meer bis zum Kanal Gommies-Heeren hart. Vorstöße englische Erkundungsabteilungen wurden an mehreren Stellen abgewiesen.

Vor Verdun war, von vorübergehender Feuersteigerung abgesehen, die Kampftätigkeit mäßig.

Unsere Flieger griffen erneut die Docks und Speicher in London sowie Ramsgate, Cherbourg, Margate an. Wirkung der Bomben war an Bränden erkennbar. Die Flugzeuge sind sämtlich unbeschädigt zurückgekehrt.

Deftlicher Kriegsausflug.

Keine größeren Geschichtshandlungen.

Mazedonien.

Zwischen Ohrida-See und Cerna war das Feuer lebhafter als sonst.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Erhöhung der Reichsunterstützungslöhne, was zwar jedem gleichmäßig zuhatten käme, wobei man aber nicht entsprechend individualisieren könnte, oder es fände die Erhöhung im Wege der Gemeindefürsorge erfolgen. Der sozialdemokratische Vorschlag über die Durchführung werde von der Regierung wohl kaum angenommen werden können. Die Verhandlungen über den für die Erhöhung einschlägigen Weg schweben noch, doch werden sie zeitig genug vor Eintritt des Winters, spätestens am 1. November dieses Jahres eintreten.

Abg. Raab (Z.): Es wäre gut, wenn die Gemeinden ihre Unterstützung mehr in Form von Naturalien gewährten, z. B. Holz, Kohle und Getreide. Außerdem ist es schnell zu geben.

Abg. Mayer-Herford (nl.) tritt den Anträgen bei, wünscht mehr Individualisierung als bisher und legt mehr Wert auf die Erhöhung der Kinderzulage. Die Verpflichtung der Gemeinden zu einer ergänzenden Unterstützung bleibe bestehen, aber die Forderung des sozialdemokratischen Antrags ist unzumutbar. Das Heile wäre, die Leistung durch den Kriegsmuster zu brechen.

Ministerialdirektor Dr. Schröder teilt mit, daß der Fonds für Kriegsmusterpflichtige in seiner Gesamthöhe nicht begrenzt ist. Das Reich sieht für die Kommunen monatlich 31,5 Mill. Mark zu.

Abg. Hoch (Soz.) bekämpft die Individualisierung, die zu den allgrößten Ungerechtigkeiten führe. Die Gemeinden müssen helfen, oder ausreichenden Ersatz erhalten. Gegen die Kriegsernährungsamt wird vielfach zu rigoros vorgegangen. Man darf das Verdienst der Kinder nicht ohne weiteres der Familie zurechnen.

Ministerialdirektor Dr. Lewald teilt mit, daß im Oktober eine Besprechung der Bundesstaaten zur Herbeiführung einheitlicher Praxis stattfinden soll.

Abg. Dr. von Vager (Rp.): Die Gemeinden, die vielfach verlagert haben, müssen nachdrücklich an ihre Verpflichtungen erinnert werden. Das gilt namentlich in ländlichen Gemeinden. In Württemberg ist der Ersatz an die Gemeinden ohne Aufwand erfolgt. Naturalienvergabe würde zu Mißständen führen. Staffeln nach der Einwohnerzahl ist unzumutbar.

Abg. Kretsch (konl.) empfiehlt statt der sozialdemokratischen Resolution eine andere, wonach die Gemeinden, nötigenfalls mit Staats- und Reichssubsidien für die mindereinstufigen Volksschulen eine Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel herbeiführen sollen. Es ist unzumutbar, die Leistungen der Gemeinden, zu denen sie verpflichtet bleiben, fest zu bestimmen. Der Naturalienvergabe stimmen wir, soweit sie möglich ist, zu.

Unterstaatssekretär Dr. Wallraf hält die Naturalienvergabe für praktisch kaum durchführbar. Die großen Städte sind ihren Verpflichtungen durchaus nachgekommen und haben sogar vielfach noch freiwillig Aufwendungen übernommen, für die sich sonst niemand fand.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.) erwidert, daß die Gemeinden vielfach gezwungen werden müssen, namentlich die Landgemeinden, in denen obenstehend vielfach Willkür herrsche. Deshalb sei auch die Staffeln notwendig. Er empfiehlt einen dahingehenden Antrag.

Abg. Dove (Rp.) verteidigt die Praxis der großen Städte: es wäre gut, wenn die Landgemeinden dieselbe ruhige Gewissen haben könnten.

Ministerialdirektor Dr. Lewald erwidert, in der sozialdemokratischen Resolution zu § 5b statt 20 Mill. 15 Mill. zu setzen, weil er Bedenken habe, mit den Mindestlöhnen zu hoch zu gehen.

Abg. Götze (Rp.) stimmt dem zu. In Breslau werde mit großem Erfolg die Individualisierung durchgeführt. Vielfach verlagere keine Städte und das Land vollständig. Je höher wir die Höhe greifen, desto größer wird die Notwendigkeit, die Unterstützung durch die Gemeinden zu verlagern.

Die sozialdemokratische Resolution wird mit dem von Ministerialdirektor Dr. Lewald vorgeschlagenen Änderung einstimmig angenommen.

Montag stehen weitere sozialpolitische und Kriegsjorgeentwürfe, ferner wirtschaftliche Fragen auf der Tagesordnung.

Rußland.

Rußland unter der Entente-Vormundschaft.

Wie die „Rin. Zig.“ meldet, erklärte der oft gut unterrichtete Pariser Berichterstatter der Deutsche, daß Angehörige der Chmacht, in der sich Rußland befindet, nunmehr unter England, Frankreich, Amerika und Japan beschlossene Sache sei, Rußlands Finanzen, Heer, Verproviantierung, Eisenbahnen und Diplomatie unter Vormundschaft dieser Mächte zu stellen. England werde schrittweise die Leitung der russischen Finanzen, Frankreich die Führung der militärischen Operationen, Amerika und Japan die Erneuerung der Eisenbahnen und die Einreise des hierfür notwendigen Materials übernehmen.

Ein außerordentlich scharfer Artikel der bisher Göttinger Zeitung „Korrespondenz“ über die russische Situation. Der erste Absatz des langen Artikels lautet: „Noch nie ist die Hungersnot der Russen so bitter gegenüber Rußland so offen zutage getreten und hat einen so zynischen Ausdruck gefunden wie in der allerletzten Zeit. Das Benehmen der leitenden englisch-französischen Presse während der Kornfloer-Tage hätte selbst den hoffnungslos verlorenen Idealisten die Augen öffnen müssen, die mit einer anderen besseren Sache würdigen Ausdauer von einer „Alliierten Demokratie“ (vom Top Buchenau-Monarchen-Carlisten) und von einer „gemeinsamen Front“ in Moskau fassen. Dem Komitee für den Schutz Rußlands wurde mitgeteilt, daß sich unter der unter Kornfloer Führung gegen Petrograd ziehenden Abteilung englische Panzerautomobile mit englischer Besatzung befanden. Am 22. September waren bereits vier Tage der Straßen, seit dieses unheimliche Judentum herauskam, aber von einem Dementi hat man noch immer nichts gehört. Die Korrespondenz-Presse kannte Krensch, den Regierungschef in einem „bestenfalls“ Lande, einen Schwärzer, die Armen die Bistrotze und andere einflussreiche Blätter tranden die Bedauern über das Scheitern des Kornfloer'schen Unternehmens usw.“

Kornfloer's letzte Truppen.

„Daily Chronicle“ meldet aus Petersburg: Die 8. und 9. Armee, welche bisher noch zu Kornfloer gehalten hat, haben sich der Regierung unterworfen, nachdem ihnen vollständige Amnestie und die baldige Aufnahme von Friedensverhandlungen zugesichert waren. Die Soldatenausflüsse der 8. und 9. Armee haben die Bedingungen formuliert, welche namentlich die Regierung angenommen hat.

England.

Englische Abdrücken über Rußland.

Ein hübsches Bild von der Lage und dem Stand in Rußland malt Herold Williams im „Daily Chronicle“. Er sagt u. a.:

Es gibt Augenblicke, wo man besser von dem, was in Rußland geschieht, schwärzt. Manchmal ist die Atmosphäre zum ersticken, der Druck unerträglich. Vorzüglicher jeder Richtung leiden an fast ununterbrochener moralischer Marter, und jeder, der hier wohnt, muß, wenn er ein Herz von Stein in der Brust hat, mit ihnen leiden. Die glänzenden Erwartungen, die man auf die Revolution gesetzt hatte, sind verflüchtigt, die große gesellschaftliche Bewegung des Volkes

